Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 52 (1958)
Heft: 7-8

Artikel: Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland
Autor: Dignath, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140279

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vertretern die Kraft zukommen, derer sie bedürfen. Die Hoffnung für diese Stunde ist auf die Hoffenden selber, auf uns selber gestellt. Ich meine damit: auf die unter uns, die die Krankheit des heutigen Menschen am tiefsten empfinden und in seinem Namen das Wort sprechen, ohne das es keine Heilung gibt: Ich will leben.

Die Hoffnung für diese Stunde geht auf eine Erneuerung der dialogischen Unmittelbarkeit zwischen den Menschen. Aber laßt uns über die drängende Not, die Angst und Sorge dieser Stunde hinausgehen, laßt uns diese Not in dem Zusammenhang des großen Menschenweges sehen, und wir werden erkennen: nicht zwischen Mensch und Mensch allein, sondern zwischen dem Wesen Mensch und dem Urgrund des Seins ist die Unmittelbarkeit verletzt worden. Im Innersten des Widerstreits von Mißtrauen und Vertrauen zum Menschen birgt sich der Widerstreit zwischen Mißtrauen und Vertrauen zur Ewigkeit. Gerät es unserem Munde, wahrhaft Du zu sagen, dann haben wir, nach langem Schweigen und Stammeln, unser ewiges Du von neuem angesprochen. Versöhnung wirkt Versöhnung.

Martin Buber

(Aus: Hinweise, Manesse-Verlag, Zürich 1953)

Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland

Vom 26. bis 30. April 1958 tagte zuerst in Ostberlin, anschließend in Westberlin die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Im Mittelpunkt ihrer Erörterungen sollte zunächst nur das Thema «Kirche und Erziehung» stehen, und zwar im Blick auf die Lage der Gliedkirchen der EKD in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Jedoch eine von den kirchlichen Bruderschaften (vorab West- und Süddeutschlands) eingebrachte Anfrage an die Synode hinsichtlich einer von der Synode zu findenden Stellungnahme zur Frage der atomaren Ausrüstung der Streitkräfte der Bundesrepublik bildete den zweiten und beherrschenden Verhandlungspunkt, und zwar gewiß zunächst im Blick auf die Lage der Gliedkirchen in der Bundesrepublik, aber zugleich doch auch betreffs der Konsequenzen für die Lage der Gliedkirchen in der DDR.

Schon die nackte Tatsache, daß von der Synodenleitung nur das Erziehungsthema vorgesehen war, das Atomthema dagegen erst durch die Initiative der Bruderschaften an die Synode herangebracht werden mußte (wobei eine Zeitlang zu bezweifeln war, ob das gelingen würde), beleuchtet aufschlußreich die geistliche Situation innerhalb der EKD, nämlich insofern, als man weithin in protestantischen Kreisen eine offensichtliche Gefährdung der Kirche nur in der DDR als vorhanden ansieht, während die kirchliche Lage innerhalb der Bundesrepublik in bester Ordnung sei. Diese weitverbreitete Ansicht wurde

durch das theologische Gewicht und die politisch-ethische Aktualität der Anfrage der Bruderschaften als brüchig und irreführend erwiesen und somit endgültig erschüttert. Auch der Verlauf der Synode ließ in der Leidenschaftlichkeit der Aussprache und in der Tiefe der theologischen Argumentation etwas von der Fälligkeit und Vorrangigkeit des Atomthemas erkennen. Als die Synode indes ihre Tagung beendete, hatte sie weder zum Atomthema noch zum Erziehungsthema das die bedrängten Gewissen lösende und sie neu an Gottes Wort bindende Wort gefunden. «Wir kehren so ratlos nach Hause zurück, wie wir hergekommen sind» — waren die Worte eines der Synodalen.

I.

Die kirchliche Lage in der Bundesrepublik wird in der Tat durch das Atomthema entscheidend gekennzeichnet. Das kann nach der Anfrage der Bruderschaften an die Synode und dem Staub, der dadurch aufgewirbelt wurde, nicht mehr übersehen werden. In dieser Anfrage wird die Synode gebeten, zu antworten, «ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.

2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.

3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.

4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.

5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzungen aufhebendes Mittel erwiesen.

6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.

7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.

8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.

9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.

10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.»

Dazu heißt es: «Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann.

... Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis (Bekenntnisstand) gegeben.»

Die Synode hat die Anfrage nicht beantwortet. Sie hat sich darauf beschränkt, die allgemeinen Ablehnungen der atomaren Rüstung wieder aufzunehmen; sie spricht sodann die Bitte an die Regierungen in Ost- und Westdeutschland aus, «alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.»

Der folgende Absatz in der Entschließung relativiert aber das Letzte wieder: «Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen (das heißt atomaren; der Verfasser) Waffen vor Gott verantwortet werden kann.»

Es ist bemerkt worden, daß die Synode mit dieser Entschließung hinter ihrem Spandauer Wort zurückgeblieben ist. Es erscheint uns aber noch bemerkenswerter, daß sich das Wort der Synode nur nach außen, nicht aber nach innen wendet. Die Synode spricht bittend zu den «verantwortlichen Politikern», zu den «Weltmächten», zu den «Regierungen». Sie spricht aber mit keinem Wort zu den Gemeinden, deren geistliche Leitung ihr obliegt. Sie bleibt jede konkrete Antwort schuldig auf die Frage des Christenmenschen heute und hier, was er tun soll. Die Gemeinden und die Christen blieben sich selbst überlassen mitsamt ihrer Ratlosigkeit und den ja auch bei ihnen klaffenden Gegensätzen in der Frage der atomaren Bewaffnung. Diese Gegensätze haben ja doch auch in den Gemeinden dieselbe Reichweite, wie sie in der Synode deutlich wurde und beschrieben worden ist. Bisher schien es so, als sei diese Reichweite geistlich tragbar. Das sagten auch die Beschlüsse der Synode aus den letzten Jahren. Jetzt aber scheint deutlich zu werden, daß diese Reichweite gar nichts zu tun haben könnte mit der «Last des andern», die brüderlich zu tragen ist (Gal. 6,2), sondern die «Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens» einschließt. Die Frage: Was sollen wir tun? hat die Synode nicht beantwortet. Sollte Prof. von Weizsäcker recht haben, der noch Anfang April d. J. im Blick auf die Möglichkeiten der institutionellen Kirche in London gesagt hat: «It is spiritually not qualified» (sie ist dazu geistig nicht qualifiziert)?

Der Versuch, die Gegensätze zu überwinden, kann nur auf geist-

liche Weise gemacht werden, das heißt er kann nur darin bestehen, daß man sich dem Zeugnis des Evangeliums stellt und sich von ihm überwinden läßt. Aber gerade darin liegen nun eben die eigentlichen Schwierigkeiten; denn der Dissensus darüber, worin nach dem Zeugnis der Schrift die politische Verantwortung der Christen besteht, resultiert ja aus verschiedener Deutung des biblischen Befundes. Die Qualität der politischen Verantwortung des Christen ist zum Beispiel nach K. Barth, «Christengemeinde und Bürgergemeinde», in Übereinstimmung mit der zweiten Barmer These (Es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus zu eigen wären. . .) eine erheblich andere als die, wie sie aus einer bestimmten neulutherischen Interpretation der Lehre von den zwei Regimenten (der Christ als Bürger zweier Reiche; Lehre von zwei — eigengesetzlichen — Zuständigkeitsbereichen) entwickelt wird. Im Banne der letzteren, in Deutschland traditionell sehr gefestigten Auffassung gibt es viele Christen, die die «Pflicht zur Verteidigung mit gleichwertigen — also atomaren — Waffen» vor Gott zu verantworten sich getrauen: «Weil wir dem Atomtod den schärfsten Kampf ansagen, treten wir für die modernste Bewaffnung der NATO und damit auch unserer Bundeswehr bis zu einer allgemeinen Abrüstung ein» (Ev. Verantwortung 5/1958, S. 11). «Wir beanspruchen in gleicher Weise wie sie (nämlich die Bruderschaften), daß wir mit unserer eigenen politischen Überlegung und Konzeption (nämlich der atomaren Bewaffnung) nichts anderes wollen als die atomare Todesbedrohung der Völker zu bannen, aber auch das Leben der westeuropäischen Völker vor der seelenmordenden Gefahr des Kommunismus zu bewahren» (ebenda, S. 12). Demgegenüber sagen die Bruderschaften gemäß der zweiten Barmer These: «Wer sich auf einen atomaren Krieg einstellt, muß bereit sein, die Vernichtung auch des eigenen Volkes von vornherein in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft unter der romantisch-idealistischen Parole ‚Lieber tot als Sklav' ist heidnisch. Ein Christ achtet die Gabe und Aufgabe des irdischen Lebens und wirft es nicht weg. . . Die evangelische Kirche bekennt, daß ihr durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen widerfährt. Das verbietet ihr nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen. Diese Erkenntnis gebietet zugleich, im Gehorsam des Glaubens — wie überall, so auch hier — mit der Abwehr drohenden Verderbens selbst den Anfang zu machen und der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den ‚Realitäten' des politischen Kalküls.»

Die 10. These in der Anfrage und die Erwähnung des status confessionis sind die klare Konsequenz der hier konkretisierten zweiten Barmer These. «Der status confessionis ist zunächst und im weitesten Umfang jeweils durch die geschichtlichen Bedingungen des Daseins der Kirche in der Welt gegeben, muß von ihr erkannt, festgestellt und

beantwortet werden. Er stellt sich aber auch in der Kirche selbst ein. Entweder durch das Aufkommen von Irrlehre oder durch ein wissentliches Sich-Versagen gegenüber der Pflicht zum Zeugnis... In diesem Zusammenhang kann es nun freilich aus dem status confessionis auch zur Trennung in der Kirche kommen. Wer sich dem Bekennen versagt oder dem Bekenntnis — ohne überführende Begründung aus dem Wort Gottes — widerspricht, scheidet sich von der Kirche... Es gehört zur Art jedes Kirchentums, das sich selbst etablieren und erhalten möchte, daß es alles daransetzt, seinen ‚Bestand' nicht zu gefährden. Das Gequälte in der Thematik der letzten Synoden der EKD zeigt das deutlich. Aber der ‚Bestand' der Kirche, soll sie nicht dem Salz gleichen, das dumm geworden ist, lebt mitten in der Anfechtung davon, daß sie ihren status confessionis jeweils richtig erkennt und in ihm recht bekennt. In der Solidarität mit den Nöten der Welt — in dieser Solidarität! — gibt es für die Kirche keine Neutralität. Ihre ‚Partei' ist die Welt in ihrer Not» (E. Wolf, Politische Verantwortung 4/1958, Seite 5).

Die 10. These und die Erwähnung des status confessionis sind von den christlichen Freunden der atomaren Aufrüstung sehr übelgenommen worden. Aber anstatt eine Widerlegung aus dem Zeugnis der Schrift zu versuchen, reagierte man hier in Zorn und Demagogie, wie es die Verlautbarungen des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zeigen: Man nennt die Bruderschaften in aller Form «Sektierer», man bezichtigt sie der Irrlehre, unrealistischer, unverantwortlicher Schwärmerei, des Phantastentums, anmaßender und theologisch unhaltbarer Erklärungen, des Verrats an unseren Soldaten. Sie sollen «Schützenhilfe» für Pankow (= Sitz der Ostzonenregierung) geleistet haben. (Ev. Verantwortung 5/1958, S. 11). Man ließ sich sogar hinreißen zu der Forderung nach einem Lehrzuchtverfahren für Pastoren, die die Anfrage unterschrieben, und nach einer Amtsenthebung für Presbyter, die dazu ihre Unterschrift gegeben haben (Ev. Verantwortung 4/1958, S. 10).

Die Tiefe der Gegensätze ist wahrscheinlich mit ein Grund für die Friedhofruhe, die gerade angesichts der Atomfrage in so vielen Gemeinden und Kirchenvorständen herrscht. Man ahnt, daß der Graben nicht mehr übersprungen werden kann — und man schweigt und spricht nicht davon, um die Ohnmacht oder den Bankrott der traditionellen Institutionen nicht eingestehen zu müssen. Denn äußerlich floriert die Kirche in der Bundesrepublik wie noch nie in ihrer Geschichte: so viel Geld und so viel öffentliche Berücksichtigung hat sie m. W. noch nie besessen. Aber der innere Riß ist nicht mehr zu verheimlichen. Durchlöchert ist der fromme Mantel, mit dem die Versuchung der Macht sich verhüllt. Es ist wohl als Bekenntnis gemeint, klingt aber doch wie ein Schrei aus tiefer Not, wenn die Entschließung der Synode mit den Worten endet: «Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer

Erkenntnis und Entscheidung führen.» Es ist die Bitte um das Wunder von Pfingsten, zu dem sich die Synode genötigt sah. Daß doch auch die Gemeinden zu dieser Nötigung gelangen möchten! . . .

II.

Besteht die Gefährdung der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik in der Versuchung, unter Zuhilfenahme theologischer Spitzfindigkeiten den Pakt mit der Macht zu rechtfertigen, so zeigt sich die *Gefährdung der Kirche in der DDR* in der Versuchung, unter dem Druck der Macht dem Evangelium nicht mehr zuzutrauen, daß es tut, was es sagt, wie es die Frage eines — allerdings in der Bundesrepublik wohnhaften — Pfarrers verrät: «Wer ist stark genug, sich, seinen Kindern und anvertrauten Gemeindegliedern gegen die Dauerpropaganda des Kommunismus den Glauben zu bewahren?» (Pol. Verantw. 4/1958). Schon diese Frage verleugnet das Evangelium. Denn wer sollte wohl jemals stark genug dazu sein, wenn nicht allein und ausschließlich Gott, der Heilige Geist! Aber diese Frage ist doch wohl symptomatisch, zumal sie die Sorge des natürlichen Menschen um seine Religion ausdrückt. Und es ist ein alter, aber fataler Irrtum, daß die Kirche diese Sorge mutatis mutandis auch als die ihr gemäße ansieht. In breiten Schichten des protestantischen Bewußtseins dürfte der Hang zu bürgerlich-konservativen Lebensformen und die Heiligsprechung der ihnen zugehörigen (ständischen) Seinsordnung sich ungünstig auswirken auf die Dringlichkeit der Predigt von der freien Gnade Gottes, die sich auch aus den Kommunisten Kinder erwecken kann. Mit anderen Worten: Die spezielle Versuchung der Kirche in der DDR dürfte darin bestehen, mehr oder weniger bewußt der marxistischen Ideologie östlicher Prägung eine *christliche Ideologie westlicher Prägung* entgegenzusetzen und mit der Ablehnung des Marxismus als gewissenbindenden Heilsgutes zugleich auch sein sozialpolitisches Programm zu verwerfen, eben weil es von Atheisten vertreten wird, also aus einem formalen Grunde, anstatt das soziale und politische Programm des Marxismus (auch östlicher Prägung), ohne seinem ideologischen Anspruch zu verfallen, daraufhin zu prüfen, ob und inwiefern es vielleicht doch dem *Wohl* (nicht dem *Heil*) des Menschen dienen möchte und von Fall zu Fall zu bejahen wäre. Denn das Evangelium stiftet keine spezifisch christlichen Sozialprogramme, sondern weist uns auf die jeweils bestehenden und werdenden, so daß von ihnen gilt: «Prüfet alles und das Gute behaltet» (1. Thess. 5,21). Die *Freiheit*, hier zu prüfen, ohne Rücksicht auf traditionelle Vorurteile, wäre gewiß ein notwendiges Praktizieren der christlichen Freiheit (Freiheit zu etwas) als positive Seite der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die sonst nur zu leicht als bloß negative Freiheit (die Kirche darf sich von außerkirchlichen Stellen nicht «kommandieren» [O. Dibelius] lassen) ihren evangelischen Gehalt einbüßt.

Der Protestantismus in der DDR steht offensichtlich in der Ge-

fahr, jene positive Seite der christlichen Freiheit zugunsten der negativen Seite (Freiheit von etwas) zu vernachlässigen. Denn der Ruf nach Glaubens- und Gewissensfreiheit darf nicht nur ein Ruf nach draußen, an die Machthaber, sein, sondern muß gleichzeitig ein Ruf nach drinnen, an die Gemeinden sein, weil sonst das positive Element der christlichen Freiheit unter dem Übergewicht des Negativen zuschanden wird.

Das Wort der Synode zum Thema «*Kirche und Erziehung*» wendet sich ebenso wie ihr Wort zum Atomthema nicht an die Gemeinden, nicht an die Christen in der DDR, denen es schwergemacht wird, «am Aufbau ihres Staates teilzunehmen», wenn sie «sich an das bei der Taufe ihrer Kinder gegebene Gelübde gebunden wissen», sondern bittet die Machthaber um Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Synode verzichtet darauf, die vorhandenen Schwierigkeiten im einzelnen darzustellen, um zu vermeiden, «daß durch Darlegung weiteren Materials, das propagandistisch ausgewertet werden könnte, der Graben zwischen Christen und Nichtchristen, zwischen Staat und Kirche in der DDR vertieft werde». Sie beauftragte vielmehr einige ihrer Mitglieder, «ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Ministerpräsident Grotewohl, zu erbitten, um die Sorgen der Christen im Blick auf die Erziehung ihrer Kinder in aller Offenheit zu Gehör zu bringen.» Wie die Presse am 7. Juni 1958 meldete, haben solche Gespräche bereits begonnen und scheinen einen nicht ungünstigen Verlauf zu nehmen, und es wird vermutet, dies hänge damit zusammen, daß der Delegation der EKD nur Bürger der DDR angehörten. Es wird vielleicht auch damit zusammenhängen, daß die Synode die Gliedkirchen der DDR aus der Verantwortung für den seinerzeit durch Bischof Dibelius eigenmächtig unterzeichneten Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung (damals dann nachträglich von der Synode gebilligt) entlassen und die «Überleitung der Militärseelsorge in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten (westdeutschen) Landeskirchen» beschlossen hat. Gerade nach der damaligen Gutheißung dieses Vertrages durch die überwiegende Mehrheit der Synodalen (auch solcher aus der DDR) ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen den Gliedkirchen der EKD in der DDR und den politischen Stellen der DDR, die in der Billigung des Militärseelsorgevertrages durch die Synode eine kirchliche Unterstützung der NATO und der sie tragenden antisowjetischen Politik der Westmächte sahen, was man ihnen nicht wird verübeln können.

Das Thema «Kirche und Erziehung» hätte sich, wie mit Recht erwartet wurde, in der durch die politisch propagierte Jugendweihe hervorgerufenen Konfirmationsfrage konkretisieren müssen. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß nach vorsichtigen Schätzungen etwa 50 bis 60 Prozent aller Jugendlichen in den mitteldeutschen Industriezentren zur Jugendweihe gehen und daß die Kirche in ihrer Sicherheit erschüttert ist, weiterhin von 14jährigen Kindern zu verlan-

gen, daß sie sich für Christus und gegen den Atheismus entscheiden, indem sie sich für die Konfirmation und gegen die Jugendweihe entscheiden, was für sie leicht zur Gefährdung ihrer zukünftigen Existenz werden kann. Der hier gesehene status confessionis mag formal zu Recht bestehen. Aber angesichts der Tatsache, daß erwachsenen Christen die Zugehörigkeit zur SED — die doch ideologisch auf dasselbe hinausläuft wie die Teilnahme an der Jugendweihe — von der Kirche nicht zum Vorwurf gemacht wird, ja auch Pfarrer bei Mitgliedschaft zur SED keinerlei disziplinarische oder kirchenzuchtmäßige Schwierigkeiten von der Kirche zu befürchten haben, erscheint die lediglich an die Konfirmation gebundene Bekenntnispflicht doch im Zusammenhang mit der Situation als Ganzer sehr problematisch. Es gäbe die Verlegung der Konfirmation auf ein anderes Alter als das der Jugendweihe. Es wird erwogen, sie vorzuverlegen (wie bei den Kommunionskindern der katholischen Kirche) oder sie auf ein späteres Alter zu verschieben. Auch in den westlichen Gliedkirchen werden diese Fragen erwogen, wenn auch aus allgemeineren Gründen, da sich das überkommene Konfirmationsalter nun wirklich als das am wenigsten geeignete erwiesen hat. Aber so sehr man auch von der Synode ein Wort zu diesen Fragen erwartet hat, so hat sie doch — wie gesagt — nicht zu den Gemeinden gesprochen, auch nicht zu diesem Punkt. Und vielleicht ist es auch gut, daß erst abgewartet wird, wie die einzelnen Landeskirchen sich zum Konfirmationsproblem stellen, ehe die Synode als im Grunde doch lose Dachorganisation dazu Stellung nimmt. Auf der anderen Seite bleibt zu fragen, ob die Synode nicht endlich zu diesem gerade in den Kirchen der DDR so brennenden Problem den Versuch einer hilfreichen konkreten Weisung hätte wagen sollen, schon deshalb, damit in der möglichen verschiedenen Behandlung der Konfirmationsfrage in den östlichen Gliedkirchen einerseits und den westlichen anderseits nicht eine von der Sache her womöglich nicht genügend motivierte kirchentrennende Entwicklung anhebt.*

Die Synode beschloß außerdem ein Wort zur Schulfrage, das im wesentlichen auch nicht an die Gemeinden gerichtet ist. Und sie beschloß auch ein Wort an die evangelische Jugend in Ost und West, das zwar den Versuch einer Ermahnung darstellt, aber es dann doch am befreienden Durchbruch zur konkreten Weisung fehlen läßt. Dieses Wort hinterläßt den Eindruck, als solle das Bekenntnis der Ratlosigkeit, das hier den Tenor des Ganzen abgibt, jenen Mangel entschuldigen.

Es ist jedenfalls bei der Synode deutlich geworden, daß der status confessionis im Blick auf die Atomfrage den status confessionis im Blick auf die Frage der Jugendweihe zwar nicht aufgehoben, aber doch merklich in den Hintergrund gerückt hat. Während die Kon-

---

* Erst nachträglich erfahre ich, daß die Synode die Leitungen der Gliedkirchen gebeten hat, die Konfirmationsfrage einer Neuordnung zuzuführen.

firmation — jahrhundertelang wesentlich als kirchliche Institution gehandhabt: man spricht ironisch von der «Einsegnung», die «Aussegnung» sei, da die Konfirmierten traditionsgemäß in ihrer Mehrheit sich doch nicht treu zur Kirche halten — als Christusbekenntnis allgemein nicht wird gelten können, so ist die Ablehnung der atomaren Bewaffnung eine so eindeutig uns um Christi willen auferlegte Pflicht, daß die auf die herkömmliche Lehre von den zwei Zuständigkeitsbereichen sich berufende Leugnung dieser Pflicht nur noch die Tradition, nicht mehr aber die Schrift hinter sich hat und auch die Tradition nur insoweit, als ihre Konzeptionen der Zeitbedingtheit beraubt und zur absoluten, zeitlosen Gültigkeit umgemünzt werden. Dieser Versteinerungsprozeß droht die EKD als solche mehr und mehr zu erfassen. Zugleich aber erweist sich — wenn auch bislang nur in kleinen Kreisen — die Kraft des in Jesus Christus an uns ergehenden göttlichen Zuspruchs und Anspruchs, und zwar heute und hier konkretisiert im status confessionis angesichts der drohenden atomaren Bewaffnung. So heißt es in der Anfrage der Bruderschaften: «Haben wir Christen, hat die Synode wirklich alles gesagt, was wir zu sagen schuldig sind? Waren wir in unseren mancherlei Rücksichtnahmen und Verstrickungen zu klaren Glaubensentscheidungen frei genug? Haben wir uns nicht mit allgemeinen christlichen Aussagen oder unverbindlichen Vermahnungen begnügt? Sind wir nicht in Sorge um Einheit und Brüderlichkeit vorzeitig in zweitrangige Fragen ausgewichen? . . . Die Bedrohung des Menschen als Geschöpf Gottes durch die Atomwaffen fordert uns Christen heute ebenso wie im Kirchenkampf die Judenfrage.» Es ist bekannt, daß die Deutsche Evangelische Kirche in der Judenfrage nicht nur versagt hat, sondern durch die Einführung des Arierparagraphen u. a. direkt mitschuldig geworden ist. Nicht ohne Absicht hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Kriege diesen gegenüber dem früheren Namen «Deutsche Evangelische Kirche» anderslautenden Namen gegeben. Möge Gott geben, daß dieser neue Name nicht die alte Sünde deckt, sondern daß ihm ein neuer Weg entspricht, der den konkreten Gehorsam sucht und aus der Kraft der Auferstehung gebahnt und gegangen wird.

Folgende Literatur zur Sachfrage sei besonders empfohlen:

Helmut Gollwitzer: «Die Christen und die Atomwaffen» («Theologische Existenz heute», NF 61)

Werner Schmauch/Ernst Wolf: «Königsherrschaft Christi» («Theologische Existenz heute», NF 64)

Johannes Hamel: «Christ in der DDR» (Evangelische Zeitbuchreihe, H 2, Käthe-Vogt-Verlag, Berlin W)

(Abgeschlossen 8. 6. 1958) *Walter Dignath*